



Seit einem Jahr im Landtag—Einsatz für unsere Region

Liebe Genossinnen und Genossen,
seit 20. Oktober 2008 bin ich nun Abgeordnete im Bayerischen Landtag. Seit einem Jahr setze ich mich nun für die Belange der Bürgerinnen und Bürger Unterfrankens und besonders für den Landkreis Bad Kissingen ein.

Als Mitglied im Landtagsausschuss für Umwelt und Gesundheit engagiere ich mich seitdem dafür, dass Unterfranken auf den Gebieten Gesundheitsversorgung und Umweltschutz nicht das Nachsehen hat. Außerdem bin ich in der SPD-Fraktion für den Verbraucherschutz zuständig.

Neben meinem Heimatlandkreis Bad Kissingen betreue ich auch die Landkreise Rhön-Grabfeld, Haßberge und Stadt und Landkreis Schweinfurt. Mein Themen- und Betätigungsfeld ist wesentlich breiter, als ich mir das im Vorfeld vorgestellt habe.

Ob Staatsstraßenausbau, Kläranlagenanierungen,

Kurtaxenverordnung, Förderung und Erhalt der regionalen Kliniken, Umgehungsstraßenbau, Neubau von Kindergärten, Förderung von sozialen Einrichtungen, Ausbau des öffentlichen Personennahverkehrs, Konjunkturprogramm II, die Liste ist lang.

Da ich selbst aus der Kommunalpolitik komme, Kreisrätin und Marktgemeinderätin in Maßbach bin, weiß ich, wo vielen Kommunen der Schuh drückt.

In München kämpfe ich u.a. auch für mehr Lebensmittelsicherheit, für mehr Verbraucherinformationen, gegen die Verwendung von Gentechnik in der Landwirtschaft und für einen verbesserten Nichtraucherschutz.

Eine gesicherte, flächendeckende medizinische Versorgung in ländlichen Gebieten halte ich für unverzichtbar, deshalb setze ich mich vorrangig für deren Erhalt ein.

Aber auch die Förderung des Hochschul- und Wissenschaftsstandorts Schweinfurt

liegt mir am Herzen, ebenso wie der Erhalt und die Stärkung der Schulen im ländlichen Raum. Als Stichworte seien hier auch die Förderung der Sozialarbeit an Schulen oder die Einrichtung von Ganztagschulen genannt.

Bei allem Engagement in München darf für mich die Arbeit für die Bürgerinnen und Bürger vor Ort nicht zu kurz kommen.

Schriftliche Anfragen an die Staatsregierung verfassen, Anträge schreiben, Bürgeranliegen verschiedenster Art bearbeiten, Unterstützung ehrenamtlicher Vereinsarbeit, Ortstermine, all dies gehört seit einem Jahr zu meinem politischen Alltagsgeschäft.

Die nächsten politischen Baustellen warten, ich setze dabei auf weitere gute Zusammenarbeit mit Euch!

Herzlichst
Eure



IN DIESER AUSGABE:

Anfragen und Anträge an die Staatsregierung	2
Analogkäse und Schinkenimitat	2
Stimmkreisarbeit Besuch bei Milchbauer Greubel	3
Runder Tisch mit ambulanten Pflegediensten	3
Besuch am Bauersberg und Umweltbildungszentrum	4
Nichtraucherschutz	5
Mein Team Termine	6

Aus ethischen Gründen: Kein Klonfleisch, keine Klonmilch in Europa

Pressemitteilung 05.10.09

„Ganz zu schweigen von der weitgehend fehlenden Risikoabschätzung – vor allem aus ethischen Gründen muss Europa von Fleisch und Milch von geklonten Tieren und deren Nachkommen sauber gehalten werden“, fordert die verbraucherpolitische Sprecherin der SPD-Landtagsfraktion, **Sabine Dittmar**, angesichts der bekannten gewordenen Absichten, in Europa die Tür aufzustoßen, wie dies in den USA bereits im letzten Jahr erfolgt ist. Zusammen mit ihrer Fraktion will die Landtagsabgeordnete den einstimmigen Beschluss des Bayerischen Landtags vom 28. Mai 2008 bekräftigen und erweitern, denn, so Dittmar, „diese Tür muss geschlossen bleiben und darf auch nicht ein Stückchen geöffnet werden!“

Derzeit gibt es in Europa keine Fleisch- oder Milchprodukte von geklonten Tieren oder deren Nachkommen auf dem Markt. Das muss so bleiben. Doch die Europäische Union will die Vermarktung von Klonfleisch regulieren. Darauf haben sich die 27 Landwirtschaftsminister geeinigt. Sabine Dittmar: „Auch wenn Bundeslandwirtschaftsministerin Aigner dies als Ver-

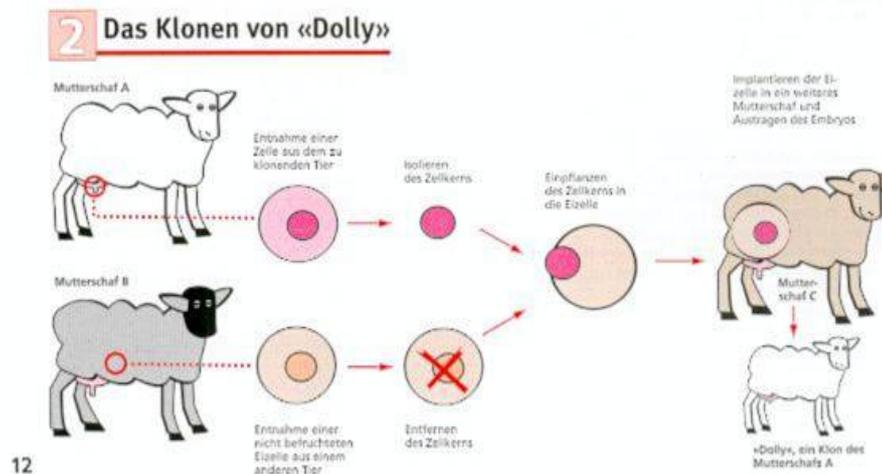
schärfung des bestehenden Rechts verkaufen möchte, so ist es in Wahrheit eine Tür, die geöffnet wird.“ Nach dem geplanten Gesetz sollen Produkte von Nachkommen geklonter Tieren mit dem EU-üblichen Anmeldeverfahren über die Europäische Behörde für Lebensmittelsicherheit (EFSA) zugelassen werden.

„Die EFSA beruft sich zwar auf wissenschaftliche Untersuchungen was die gesundheitliche Unbedenklichkeit betrifft, lässt jedoch bei ihrer Bewertung die ethische Dimension und die Belange des Tiereschutzes und der Tiergesundheit völlig außer Acht“ so Dittmar. Der EU-Ethikrat hat schwerste Bedenken gegen den Handel von Produkten aus / von Klontieren und deren Aufnahme in die menschliche Nahrungskette geäußert.

Es müssen erst alle Aspekte – insbesondere die ethischen – geprüft und beraten werden. Vorher darf es auch „ein bisschen Klonfleisch“ nicht geben. „Hier muss die verantwortliche Politik „Nein!“ sagen, auch wenn dies gegen mächtige Wirtschaftsinteressen geht.“ Die von Aigner angesprochene Rechtslücke, die theoretisch das Inverkehrbringen von Nahrungs-

mitteln aus der Nachkommenschaft geklonter Tiere möglich machen könnte, muss sofort geschlossen werden.

Mit einem Dringlichkeitsantrag will die SPD-Fraktion die eindeutige Haltung des Landtags aus dem letzten Jahr bestätigen und zugleich das Nein zu Klonfleisch auf die neuen Umwege und Hintertüren ausweiten. Dazu erinnert die Verbrauchersprecherin den früheren Bundeslandwirtschaftsminister Seehofer an seine Äußerungen auf der Grünen Woche 2008, er habe „unter ethischen Gesichtspunkten äußerst große Vorbehalte, geklonte Tiere als Lebensmittel in die Lebensmittelkette zu bringen“. Sabine Dittmar: „Stehen Sie zu Ihrem Wort, Herr Seehofer!“



Klonschaf Dolly

Meine Arbeit im Stimmkreis

Besuch bei Milchbauer Alfred Greubel in Elfershausen

Elfershausen. Über den Zustand der Milchbauern vor Ort machte sich die Landtagsabgeordnete Sabine Dittmar, SPD ein Bild auf dem Milchhof von Alfred Greubel in Elfershausen. Momentan bekommen die Milchbauern von den Molkereien 21 ct/kg Milch, so Greubel. Dies decke die Produktionskosten des hochwertigen Lebensmittels bei weitem nicht ab. Lt. einer Kalkulation des Bundes der Milchviehalter e.V. liegen die reinen Herstellungskosten jedoch bereits bei 21,5 ct/kg. Hierbei sind Arbeitskosten und sonstige Kosten wie Strom, Wasser und Heizung noch nicht mitgerechnet. Jeder Milchbauer in der Region schießt monatlich momentan aus seinem Ersparten zu. Wie lange sie das noch können ist nur eine Frage der Zeit, so Greubel. Deutlich hatten er und weitere Bauern aus der Region dies auch auf der Demonstration des Europäischen Bündnisses in Stuttgart gezeigt. Die Milchbauern

fordern vehement die Abschaffung der Saldierung, also des Ausgleiches von Über- und Unterlieferungen auf Molkerei- und Bundesebene und eine Einführung einer echten Quote. Sabine Dittmar bestätigte dies auch als Forderungen der SPD Landtagsfraktion, die einen Dringlichkeitsantrag an den Landtag gestellt hatte. Ebenso sei eine hohe Akzeptanz eines höheren Milchpreises in der Bevölkerung vorhanden. Alfred Greubel führte das Beispiel der fränkischen Winzer an, die nur 90 Hektoliter jährlich vermarkten, auch wenn sie mehr zur Verfügung hätten. Dies wünsche er sich auch für die Milchwirtschaft. Leider sind jedoch die Fronten zwischen dem Verband

Deutscher Milchviehalter und dem Bauernverband, das die Genossenschaften unterstützt, noch sehr verhärtet. Eine mögliche Lösung sieht Bauer Greubel in einem neuen Milchgipfel, der jedoch bald stattfinden sollte, sonst sterben die ersten Höfe.



Fachgespräch mit ambulanten Pflegediensten in Münnerrstadt



Münnerrstadt. Zu einem Informationsbesuch weilte die SPD - Kandidatin für das Europaparlament Kerstin Westphal und die Maßbacher Landtagsabgeordnete Sabine Dittmar in Münnerrstadt. Zunächst besuchten sie das Juliusospital und waren begeistert von der herzlichen und warmen Atmosphäre. Liebevoll arrangierte Einrichtungstücke und ein Konzept, was fördert und hilft besprachen die Politikerinnen mit der Heimleiterin Karola Back, sowie Bürgermeister Helmut Blank. Nach dem interessanten Rundgang folgte ein Gespräch mit der Pflegedienstleitung und Petra Weber, Leiterin des Demenzzentrums Lichtblick. Dabei kamen

auch Probleme zur Sprache wie zum Beispiel, dass die Ausbildung zum Altenpfleger ein mehrwöchiges Praktikum in der ambulanten Pflege vorschreibt, aber die eigentlichen Ausbildungsbetriebe hierfür nicht entschädigt werden.

An den Besuch im Juliusospital schloss sich ein Fachgespräch mit Pflegediensten aus den Landkreisen Bad Kissingen und Rhön Grabfeld an. Sabine Dittmar erläuterte dort, dass laut dem bayerischen Sozialbericht bis zum Jahre 2020 ca. 440 000 Menschen, davon 2/3 in der ambulanten Pflege Betreuung bedürfen werden. Dies ist eine riesige Herausforderung, wenn man nur an das benötigte Personal denke. Die Vertreter der Pflegedienste franken care Bad Königshofen erklärten, dass sie schon seit Jahren mit gutem Erfolg ausbilden und boten an, Ihre Erfahrungen auch weiterzugeben. Im Landkreis Bad Kissingen wird Sanivita ab September 2 Auszubildende haben.

Kritik übten die anwesenden Vertreter der

Pflegedienste an der Praxis der Krankenkassen, Familienangehörige zu Tätigkeiten einer examinierten Kraft überzeugen zu wollen. Dies spare zwar Geld, birgt für den Patienten aber auch erhebliche Gefahren. Michael Wehner von Sanivita hat „das Gefühl, dass Ärzte und Kassen uns nicht viel zutrauen“, dabei handele es sich bei ambulanten Pflegenden um „global ausgebildete Spezialisten, die z. B. Heimbeatmung oder Portversorgung ausführen“.

Zu schaffen macht den Pflegediensten auch die Betreuung von Pflegebedürftigen durch ausländische Hilfen. Dieser Zustand wird sich mit Inkrafttreten der Dienstleistungsrichtlinie der EU bis zum Dezember 2009 ändern, so Kerstin Westphal. Dann wird es eine arbeitsrechtliche Handhabe geben.

Ausdrücklich lobten die anwesenden ambulanten Pflegedienste die im Sommer in Kraft tretende Pflegereform. Besonders gut sei hierbei das Augenmerk auf demenzielle Krankheitsbilder.

Zu Gast im Schullandheim Bauersberg und der Wasserschule

Im Frühjahr hatte die Landtagsfraktion einen Antrag eingebracht, Kindern und Jugendlichen den Zugang zu einem ökologischen Bewusstsein zu öffnen. Dies nahm ich zum Anlass mir ein vorhandenes Projekt anzuschauen und so besuchte ich am 21. August das Schullandheim Bauersberg mit der Wasserschule. Schon vor 30 Jahren besuchte ich zum ersten Mal den Bauersberg, damals als Schülerin und habe an die Tage im Schullandheim sehr gute Erinnerungen.

Reinhold Gampl, der Vorsitzende des Schullandheimwerkes Unterfranken und die Geographin Nicole Hofmann, die die Wasserschule betreut nahmen uns herzlich in Empfang.

Das Schullandheim Bauersberg gehört zur Stadt Schweinfurt, erhält sich jedoch wirtschaftlich selbständig. Es besteht die Möglichkeit drei Schulklassen unterzubringen. Die Verweildauer der Klassen liegt zwischen 2,5 Tagen und einer Woche. Reinhold

Gampl bedauerte die Verkürzung dieser Verweildauer, da es meistens 1- 2 Tage dauert, bis die Gruppe sich gut gefunden hat.

Das angeschlossene Studienhaus wird rege von Lehramtsstudenten genutzt, die Unterrichtsmodule ausprobieren. Diese Einrichtung wird nach Auskunft von Frau Hofmann sehr gut angenommen.

Eine Besonderheit des Schullandheimes Bauersberg bildet die Wasserschule, die die Schwerpunkte auf die Geologie und Geographie des Wassers legt. Anschaulich schilderte Geologin Nicole Hofmann die theoretische und praktische Nutzung der Materialien aus der Wasserschule. Auch einige Experimente wurden gleich vor Ort ausprobiert und erklärt. Schülerinnen und Schülern soll durch dieses Projekt der Grundstoff Wasser erlebbar gemacht werden.

Problematisch sieht der Vorsitzende des



Schullandheimwerkes Gampl die Errichtung des Grünen Klassenzimmers in Oberelsbach. Hier wurden bereits im Vorfeld Betriebskostenzusagen in großer Höhe getroffen. Dies stellt eine Ungleichbehandlung gegenüber den anderen Projekten in Unterfranken dar, die nicht hinzunehmen ist.

Ein erneutes Gespräch mit Landrat, der Stadt Schweinfurt, der Bürgermeisterin von Oberelsbach und dem SWU soll eine Regelung auf gleicher Augenhöhe ergeben.

Besuch des Umweltbildungszentrums Oberschleichach

Besuch von Abgeordneten gibt es auch im Umweltbildungszentrum Oberschleichach (UBIZ) nicht alle Tage. Kein Wunder, dass sich die Leiterin Bettina Stroh freute, dass sie die Landtagsabgeordnete Sabine Dittmar gemeinsam mit Bundestagsvizepräsidentin Susanne Kastner durch die Räume der Bildungseinrichtung führen konnte. Dabei kamen auf Anregung der Landtagsabgeordneten auch die Probleme der Finanzierung von Umweltstationen zur Sprache.

Projekte sind wichtig. Daran ließ Bettina Stroh keinen Zweifel. „Wir wollen uns weiterentwickeln und uns immer wieder neue Horizonte erschließen“, machte die Leiterin des UBIZ deutlich. In den letzten Jahren wurden unter anderem ein Stromfahrrad oder ein ökologischer Rucksack entwickelt. Aktuell arbeitet das Team an einem Peak-Oil-Koffer, mit dem die Vorteile regenerativer Energien deutlich gemacht werden können.

Aber Projekte sind nicht alles.

„Manchmal würde ich mir wünschen, dass wir einfach mal ein Jahr nur an unserer Ausstattung arbeiten können“, wünschte sich die Leiterin. Womit wir bei den Problemen des UBIZ und aller Umweltstationen wären. Gefördert werden vom Freistaat nämlich ausschließlich Projekte. Es gibt keine Gelder für die Einrichtung an sich. Sind Bettina Stroh und ihre Mitarbeiter einmal nicht kreativ, haben sie eine Lücke im Etat. Einfach nur Geld für einen Kopierer – um nur ein Beispiel zu nennen – gibt es nicht.

Der muss in ein pädagogisches Konzept eingebaut werden. „Es wäre durchaus sinnvoll, wenn ein Teil der Gelder auch an die Institutionen und nicht an ihre Projekte verteilt würde“, erkannte Sabine Dittmar. Das würde zu einer größeren Planungssicherheit für die Umweltstationen führen. Eine Idee, die die SPD-Politikerin aus Oberschleichach mit in die Klausur ihrer Fraktion nahm. Genau wie das Nachdenken über einen anderen Punkt der Förderrichtlinien.

Was bei der Bettina Stroh nämlich ebenfalls auf Unverständnis stößt, ist die Höhe der sogenannten Bagatell-Grenze. Nur Summen über 10 000 Euro sind förderungswürdig. „Das ist zu hoch“, machte Bettina Stroh klar. Oft sei man gezwungen Projekte so weit auszubauen, bis sie in den Genuss einer Förderung kommen können.

„Sie brauchen die Unterstützung des Freistaats und haben sie sich auch verdient“, lobte Sabine Dittmar die Arbeit des UBIZ, das einen wesentlichen Beitrag zur Information der Bürger auch und gerade in Sachen alternativer Energien leistet.



Volksbegehren Nichtraucherschutz

Zum ersten Mal in Deutschland hat das Volk die Möglichkeit, direkt für einen strikten Nichtraucherschutz in Gaststätten zu stimmen. Das bayerische Innenministerium hat den 14-tägigen Eintragungszeitraum für das Volksbegehren Nichtraucherschutz am 18. August bekannt gegeben: Vom 19. November bis 2. Dezember 2009 müssen sich zehn Prozent der Stimmberechtigten in die Unterstützerlisten, die in Rathäusern und anderen Behördengebäuden ausliegen, eintragen.

Der meteorologisch gesehen letzte Herbstmonat und der erste Wintermonat gehören zu den kühlen und kälteren Monaten des Jahres. Die Fenster sind in der Regel geschlossen, sodass der Tabakqualm im Raum stark spürbar ist. Das wird auch den Menschen mit weniger sensiblen Riechorganen deutlich machen, dass nur eine rauch-freie Gastronomie ein Genuss ist.

"Erst die Arbeit, dann das Vergnügen!" Dieses fast schon banale Sprichwort gilt auch für das Volksbegehren Nichtraucherschutz. Zwar wurde die erste Hürde mit 25 000 Unterschriften spielend genommen, doch die zweite ist ungleich schwieriger. Mindestens 920 000 Menschen müssen mit

ihrem Personalausweis oder Reisepass zu den Eintragungsstellen gehen und dort ihre Unterstützung des Volksbegehrens kundtun. Nur für kranke oder beruflich verhinderte Personen gibt es die Möglichkeit, ihren Willen mittels Eintragungsschein auszudrücken. Die Hürde ist hoch, doch – das zeigen frühere Volksbegehren – sie ist zu nehmen.

Der Nichtraucherschutz ist ein Thema, das alle Menschen verstehen. Um die Tragweite der Beeinträchtigung der Gesundheit und des Wohlbefindens durch das Passivrauchen zu begreifen, braucht es weder medizinische noch technische Kenntnisse, dazu braucht es kein Abitur und kein Studium. Tabakrauch ist gesundheitsschädlich, für denjenigen, der ihn durch gehäckselte Tabakblätter hindurch einsaugt, genauso wie für denjenigen, der ihn aus der den Schadstoffproduzenten umgebenen Luft einatmet. Die Begründungen für die Nichtraucherschutzgesetze des Bundes und der sechzehn Bundesländer belegen dies.

Widerstand von drei Gruppen

Der Widerstand gegen einen strikten Nichtraucherschutz kommt von jenen, die wirt-

schaftlich vom Verkauf von Tabakwaren profitieren, von jenen, die meinen, dass ihre Umsätze nur dann garantiert sind, wenn geraucht werden darf, und von jenen, denen ihre Bequemlichkeit wichtiger als die Gesundheit anderer Menschen ist.

Die erste und die dritte Gruppe der "Gegner" werden kaum zu überzeugen sein. Anders sieht es bei der zweiten Gruppe aus. Inzwischen gibt es in Bayern immer mehr Zeitungsberichte mit Äußerungen von Gastwirten, die beim "Rauchfrei" bleiben, obwohl sie seit 1. August Raucherräume einrichten oder sich zur Rauchergaststätte erklären könnten. Sie begründen dies meistens damit, dass sich zum einen ihre rauchenden Gäste an das Rauchen im Freien gewöhnt hätten und dass zum anderen die Zahl der nichtrauchenden Gäste zugenommen hätte. Die von den statistischen Ämtern veröffentlichten Daten zeigen, dass sowohl die speisengeprägten als auch die getränkegeprägten Gaststätten in ihrer Gesamtheit von den Nichtraucherschutzgesetzen profitiert haben. In Bayern kam es sogar zu einem Umsatzplus nie gekannten Ausmaßes im ersten Quartal 2008 von 10,6 Prozent.

Noch immer werden Helfer beim Aktionsbündnis Nichtraucherschutz benötigt. Meldet Euch und werdet Rathauslotse. Es besteht auch die Möglichkeit zu spenden. Genaue Informationen auf der Internetseite:

www.nichtraucherschutz-bayern.de

JEDE Stimme zählt, also hakt Euere Freunde und Nachbarn unter und geht gemeinsam in Euer Rathaus um Euch einzutragen.





Bayerischer Landtag
Abgeordnete SABINE DITTMAR

Bürgerbüro:
Spargasse 10
97688 Bad Kissingen
Telefon: 0971 / 699 49 49
Fax: 0971 / 699 49 50
Email: kontakt@sabine-dittmar.com

www.sabine-dittmar.com

Bürozeiten:
Mo, Die 09.00—15.00 Uhr
Mi, Do 09.00—17.00 Uhr
Fr. 09.00—14.00 Uhr

Impressum:
Die LandtagsNotizen erscheinen in unregelmäßigen Abständen.
Verantwortlich i.S.d.P.: Sabine Dittmar, MdL,
Spargasse 10, 97688 Bad Kissingen
Tel.: 0971/ 699 4949 Fax: 0971/ 600 49 50
Redaktion: Sabine Dittmar, Karen Pohle, Michael Frank



Termine

- 14./15.11.2009 Bundesparteitag der SPD in Dresden
08./09.12.2009 2- Tagesfahrt nach München mit Besuch des Landtages und der Bayerischen Staatskanzlei

Anfragen und Anträge an die Staatsregierung

Hier ein Auszug der von mir gestellten oder mit bearbeiteten Anträge und Fragen an die Staatsregierung:

- | | |
|------------------------|---|
| 03.09.09 Nr. 16/ 2054 | Thema Schinkenimitat |
| 02.09.09 Nr. 16/ 2053 | Windpark im Staatswald Gemarkung Reichmannshausen |
| 24.07.09 Nr. 16/ 1965 | Antrag zu Erfahrungen mit Blauzungenimpfung bei Rindern |
| 02.07.09 Nr. 16/ 1753 | Antrag: Kindern und Jugendlichen den Zugang zu ökologischem Bewusstsein öffnen |
| 01.07.09 Nr. 16/ 1717 | Verantwortung des Freistaates für Mieterinnen und Mieter (Wohnungen des Landes LB) |
| 01.07.09 Nr. 16/ 1707 | Antrag: Keine Förderungen agrogener Energieträger ohne Mindeststandards zum Schutz von Umwelt, Natur, Landschaft und bäuerlicher Landwirtschaft |
| 25.06.09 Nr. 16/ 1631 | Bericht zur Umsetzung des Konzepts „Pflegestützpunkte“ in Bayern |
| 24.06.09 Nr. 16/ 1630 | Zukunft niedergelassener Ärzte, Sicherheit für die Patienten |
| 05.03.2009 Nr. 16/ 875 | Medizinische Versorgungszentren nur in ärztlicher Trägerschaft |

Alle Anträge und Anfragen finden Sie im Internet unter:

www.bayern.landtag.de—Dokumente

... auch wenn es noch etwas zu früh ist, so möchte ich allen Genossinnen und Genossen eine schöne Adventszeit wünschen.

